

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Lohnnachschläge - Ölgewinne - RGW - GATT - FAO

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: Lohnnachschläge - Ölgewinne - RGW - GATT - FAO, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 8, pp. 365-366

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135344>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lohnnachschräge

Gefahr für die Konjunktur

Nachdem die tariflichen Lohnerhöhungen in der Bundesrepublik in der ersten Jahreshälfte insgesamt gemäßigt ausgefallen waren, wurden im Zusammenhang mit dem laufenden Preisanstieg erstmals um die Jahresmitte Forderungen nach Sonderzahlungen laut. Obwohl die Gewerkschaftsführung Lohnnachschräge vor Ablauf der geltenden Tarifverträge sogleich ablehnte, ist es fraglich, ob die Diskussion über einen Teuerungsausgleich damit tatsächlich beendet ist.

Der verstärkte Anstieg der Preise für die Lebenshaltung hat zwar die Expansion der Realeinkommen schon erheblich gebremst, doch ist der Kaufkraftverlust vor allem durch die Verteuerung von Rohöl und Mineralölprodukten verursacht worden. Hinzu kamen Preissteigerungen bei anderen importierten Rohstoffen und die Anhebung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte. Verschlechterungen der Preisrelationen im Außenhandel und die steuerliche Mehrbelastung können aber nicht kompensiert werden. Ein solcher Versuch würde nur eine erneute Beschleunigung des Preisauftriebs nach sich ziehen oder – wenn die Geldpolitik dies nicht zuläßt – Gewinnerwartungen, Investitionen, Wachstum und schließlich die Beschäftigung beeinträchtigen.

Ohnehin zeichnet sich für das nächste Jahr bereits eine merkliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ab. So wird die Ausfuhr aufgrund der zu erwartenden konjunkturellen Dämpfung in den westlichen Industrieländern in verringertem Tempo steigen, und die Zunahme der Bauinvestitionen wird sich mit dem Zinsanstieg und dem Auslaufen des Programms für Zukunftsinvestitionen abflachen. Unter diesen Bedingungen ist es für den Fortgang der Expansion von wesentlicher Bedeutung, daß die Nichtkompensierbarkeit der Ölverteuerung anerkannt wird und die Lohnpolitik auch in der nächsten Tarifrunde maßvoll bleibt. sp

Ölgewinne

Was tun mit den Multis?

Die erneute kräftige Anhebung der Rohölpreise durch die OPEC-Länder ist für die Verbraucher zwar schmerzlich. Sieht man vom Säbelrasseln einiger Unverbesserlicher ab, so scheint sich aber in den erdöl-

importierenden Ländern die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Ölproduzenten bis auf weiteres am längeren Hebel sitzen. Womit die Abnehmer in den westlichen Industrieländern sich aber anscheinend nicht abfinden wollen – und hierin sind sie sich mit den Ölproduzenten einig –, ist der Tatbestand, daß es wieder einmal die Mineralölkonzerne sind, die von der Notlage profitieren. Während Heizölverbraucher und Autofahrer zum Teil drastische Preiserhöhungen zu schlucken haben, müssen sie mit ansehen, wie die Reingewinne der großen US-Ölfirmen im zweiten Quartal 1979 explodierten.

Der Ruf nach staatlichen Eingriffen in den Mineralölmarkt, auf dem der Wettbewerb offensichtlich nicht mehr funktioniert, liegt daher nahe. Das Problem ist nur, wie soll der Eingriff aussehen? Die Radikallösung Verstaatlichung, wie sie viele Förderländer in der Vergangenheit vorgemacht haben – jüngstes Beispiel ist Nigeria –, steht in der marktwirtschaftlichen Ordnung der westlichen Volkswirtschaften nicht zur Debatte. Außerdem ist zu bezweifeln, daß die Versorgung ohne die Flexibilität der Multis besser gelöst werden kann. Was bleibt, ist die Tätigkeit der Kartellbehörden. Doch hier hat sich wiederholt gezeigt, daß die nationalen Wettbewerbshüter gegenüber den internationalen Konzernen machtlos sind. Und zu einem international abgestimmten Vorgehen fehlt den Verbraucherländern der Wille. Ob eine internationale Kartellbehörde – käme sie zustande – bessere Arbeit leisten könnte, ist zudem angesichts des undurchsichtigen Rotterdamer Marktes zumindest fraglich. Dem Verbraucher bleibt daher wieder nur die traurige Erkenntnis, daß er allein die Zeche zahlen muß. ma

RGW

Energieengpässe

Bisher konnte die Energieversorgung im RGW durchaus noch als ausreichend angesehen werden. Die Sowjetunion war stets in der Lage, die Partnerländer, die ihren Energiebedarf nicht selbst decken können, weitgehend mit dem notwendigen Erdöl zu versorgen. Spätestens mit dem 1. August wurde jedoch offensichtlich, daß die heile und auf der 33. RGW-Tagung Ende Juni in Moskau noch als solidarisch gepriesene (Energie-) Welt des Ostblocks nicht ganz in Ordnung ist: Rumänien, das als Ölförderland bisher nicht von der Sowjetunion beliefert wurde und einen Teil seines Erdölbedarfs im Westen importieren mußte, verkauft seitdem Benzin an die Touristen aus den sozialisti-

schen Partnerländern nur noch gegen harte Westwährungen, um die eigenen im Preis gestiegenen Öleinfuhren bezahlen zu können.

Von größerem Gewicht für diese Länder dürfte allerdings sein, daß sich die Sowjetunion angesichts der in letzter Zeit zurückgehenden eigenen Erdölförderung vor einem wichtigen Entscheidungsproblem stehen sieht: Einerseits ist sie auf die Deviseneinnahmen aus Energieexporten in westliche Länder angewiesen, andererseits muß sie aus politischen Gründen den Bedarf der Partnerstaaten decken. Die Frage nach der zukünftigen Ölpolitik der Sowjetunion stellt sich um so mehr, als sie nach einem Bericht des amerikanischen Geheimdienstes CIA schon bald nicht mehr in der Lage sein soll, selbst für den eigenen Bedarf genügend Erdöl zu produzieren. Für 1985 wird die sowjetische Erdölproduktion nur noch auf 450 Mill. t geschätzt, während der Verbrauch jedoch ungefähr 505 Mill. t betragen soll. Dies würde bedeuten, daß die Sowjetunion unter Umständen kein Erdöl mehr anbieten könnte, sondern selbst gezwungen wäre, es auf dem Weltmarkt zu beziehen. Wieweit dann die osteuropäischen Staaten ihren Energiebedarf werden decken können, wird sicherlich nicht zuletzt durch die Höhe ihrer verfügbaren Devisen bestimmt werden. sr

GATT

Umstrittene Schutzklauseln

Die Aussichten, im Rahmen des GATT zu einer Einigung über selektive Einfuhrbeschränkungen zum Schutze einheimischer Erzeugnisse vor ausländischer Konkurrenz „bei drohender Schädigung eines Wirtschaftszweigs“ zu gelangen, haben sich verschlechtert. Frankreich, das eine besonders restriktive Position einnimmt, konnte sich auf der letzten Sitzung des EG-Ministerrats nicht bereitfinden, der Kommission einen erweiterten Verhandlungsspielraum in dieser Sache einzuräumen. Gleichzeitig hat der Sprecher der Entwicklungsländer bei den GATT-Verhandlungen die Schutzklauselfrage zu einem „Eckstein des gesamten GATT-Pakets“ erklärt und die Position der Dritten Welt noch einmal deutlich umrissen: Importsperrn, die gezielt gegen einzelne Länder gerichtet sind, können nur zugelassen werden, wenn eine wirksame internationale Überwachung der Maßnahmen gesichert ist.

Diese Haltung der Entwicklungsländer ist verständlich, denn sie wären die Hauptleidtragenden einer unkontrollierten Anwendung selektiver Schutzklauseln. Über den spezifischen Nord-Süd-Aspekt hinaus ist die starre Position der EG in der Schutzklauselfrage aber

auch für die Fortentwicklung der Welthandelsordnung von allgemeiner Bedeutung, steht sie doch in klarem Widerspruch zum GATT-Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Angesichts der schwierigen Lage in einer Reihe von Wirtschaftszweigen wäre überdies die Versuchung groß, von der Möglichkeit selektiver Schutzvorkehrungen ausgiebigen Gebrauch zu machen, zumal einschneidende Retorsionsmaßnahmen vermieden werden könnten. Es bleibt daher nur zu hoffen, daß der EG-Ministerrat schließlich doch noch zu einer kompromißbereiteren Verhandlungslinie findet. ko

FAO

Enttäuschendes Ergebnis

Bei der „Weltkonferenz für Agrarreform und ländliche Entwicklung“, die bei der FAO in Rom tagte, sollte eine ländliche armutsorientierte Entwicklungsstrategie beschlossen werden. Das Ergebnis der Beratungen sollte dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, der FAO und der Weltbank sowie den Industrie- und Entwicklungsländern neue agrarpolitische Impulse für die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit vermitteln und die Voraussetzungen für eine effizientere Förderung der ländlichen Gebiete schaffen.

Verabschiedet wurden schließlich 17 „Richtlinien und Grundsätze“ für ein Aktionsprogramm, in denen nahezu alle Themen der Entwicklungspolitik angesprochen wurden. Erwähnt werden neben den auf den ländlichen Raum bezogenen Sachfragen die Bedeutung der multinationalen Unternehmen, der Souveränität, der Bevölkerungspolitik und der Stellung der Frau in der ländlichen Entwicklung. Zu bemängeln sind auch die wenig scharfen und präzisen Formulierungen, so z. B. im Falle der Eigenleistungen der Entwicklungsländer. Auf die Widerstände gegen Landreformen in den Entwicklungsländern und auf die Grenzen ihrer Absorptionsfähigkeit wird nur mit wenigen Worten eingegangen. Die Mobilisierung von Kleinbauern erweist sich in den Resolutionen zwar immer als eine griffige Formel, hinter ihr verbergen sich aber zahlreiche ungelöste Probleme. Und die Behandlung der Rolle der Frau in der ländlichen Entwicklung entsprach sicherlich nicht den Vorstellungen derjenigen, die diesem Thema aus sachlicher Überzeugung mehr Vorrang zuweisen wollten. Vertan wurde eine große Chance, die ländliche Entwicklung als eine gemeinsame Aufgabe von Industrie- und Entwicklungsländern festzuschreiben und der internationalen Zusammenarbeit neue Impulse zu geben. mk